

**Niederschrift Nummer UBV/11/018**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>
<b>Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr</b>	04.04.2017

<b>Sitzungsort</b>	<b>Sitzungsdauer</b>
Ratssaal des Ratstraktes	17:00 - 19:10 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender: Marco Morten Pufke

Schriefführer: Falk Stankowski

Teilnehmer	Funktion
------------	----------

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Herr Dieter Kress	ordentl. Mitglied	
Herr Klaus Kuhlmann	ordentl. Mitglied	
Frau Simone Leuthold-Haverkamp	Stadtverordnete	für ordentliches Mitglied Dirk Haverkamp und stv. Mitglied Ulrich Godawa
Herr Dieter Mittmann	Stadtverordneter	für ordentliches Mitglied Wolfgang Scholz und stv. Mitglied Julian Deuse
Herr Hartmut Ramin	ordentl. Mitglied	
Herr Uwe Reichelt	stv. Vorsitzender	
Herr Andre Rocholl	ordentl. Mitglied	bis 19.05 Uhr
Herr Kay Schulte	ordentl. Mitglied	
Frau Manuela Veit	ordentl. Mitglied	
Frau Monika Wernau	ordentl. Mitglied	bis 18.25 Uhr

**Christlich Demokratische Union**

Herr Karl-Otto Goerdts	ordentl. Mitglied	
Herr Gerd Miller	ordentl. Mitglied	
Herr Marco Morten Pufke	Vorsitzender	
Herr Martin Strunk	ordentl. Mitglied	

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Thomas Grziwotz	ordentl. Mitglied	
Herr Bernhard Salfer	stv. Mitglied	für ordentliches Mitglied Oliver Schröder

**BergAUF**

Herr Werner Engelhardt	stv. Mitglied	für ordentliches Mitglied Claudia Thylmann
------------------------	---------------	--

**Sachkundiger Bürger**

Herr Hüseyin Gürbüz	ordentl. Mitglied	
---------------------	-------------------	--

**Als Gast nimmt teil**

Herr Mark Westerhoff	Polizei Bergkamen	
----------------------	-------------------	--

**Von der Verwaltung nehmen teil**

Herr Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters	Erster Beigeordneter	
Herr Thomas Reichling	Amtsleiter	
Herr Falk Stankowski	Amtsleiter, zugleich Schriftführer	

**Entschuldigt fehlen**

Herr Julian Deuse	stv. Mitglied	
Herr Ulrich Godawa	stv. Mitglied	
Herr Dirk Haverkamp	ordentl. Mitglied	
Herr Wolfgang Scholz	ordentl. Mitglied	
Herr Oliver Schröder	ordentl. Mitglied	
Frau Claudia Thylmann	ordentl. Mitglied	

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsitzende auf eine Tischvorlage für den nicht öffentlichen Teil hin. Der Ausschuss erklärt sich mit der Aufnahme der Tischvorlage als neuen Tagesordnungspunkt 4 einverstanden.

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil:**

1	Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e. V.; Genehmigung des Antrages auf Verlängerung der Mitgliedschaft	<b>11/0867</b>
2	Städtebaulicher Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen im Bereich des Baugebietes östlich der Büscherstraße	<b>11/0864</b>
3	Straßenverkehrszählung 2015 - Erste generalisierte Übersicht -	<b>11/0865</b>
4	Einwohnerfragestunde	
5	Anfragen und Mitteilungen	

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Bestimmungen der §§ 43 Abs. 2 und 31 GO NRW hin.

Es erklärt sich kein Mitglied für befangen.

**Öffentlicher Teil:****Tagesordnungspunkt 1:****Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e. V.;  
Genehmigung des Antrages auf Verlängerung der Mitgliedschaft  
Vorlage: 11/0867**

Erster Beigeordneter Dr. – Ing. Peters erklärt, dass der Radverkehr in Bergkamen an Bedeutung zugenommen habe. Bergkamen ist seit 2010 Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (AGFS). Man dürfe sich auf das bisher erreichte nicht ausruhen, sondern müsse auch für die Zukunft unter Beweis stellen, dass gemeinsame Leitbilder und Ziele für ein fußgänger- und fahrradfreundliches Bergkamen erarbeitet und umgesetzt werden. Diese Aufgaben können nicht allein durch die Verwaltung wahrgenommen werden. Mit der Einbindung des Planerbüros Südstadt aus Köln habe sich die Verwaltung die Unterstützung externer Experten eingeholt. Herr Dr.-Ing. Peters appelliert an die Ausschussmitglieder, dem Antrag auf Verlängerung der Mitgliedschaft in der AGFS zuzustimmen. Mit dem Vortrag des beauftragten Planungsbüros solle den Ausschussmitgliedern die bislang erzielten Erfolge sowie die in naher Zukunft umzusetzenden Maßnahmen aus erster Hand erläutert werden.

Franz Lindner und Norbert Schläger vom Planerbüro Südstadt stellen diese anhand einer Präsentation dar und betonen den hohen Zielerfüllungsgrad, der bei der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes bereits erreicht worden sei.

Stadtverordneter Reichelt begrüßt für die SPD-Fraktion, dass bereits 75 % des aufgestellten Radverkehrskonzeptes umgesetzt seien. Aber man sei noch nicht am Ziel angelangt. Der Radschnellweg Ruhr RS 1, die E-Mobilität sowie die Nahverkehrsmobilität müssten auch für die Zukunft entwickelt und gefördert werden, daher bitte er um eine breite Unterstützung für die weitere Mitgliedschaft in der AGFS.

Stadtverordneter Grziwotz erklärt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, dass der Beitritt in die AGFS eine richtige Entscheidung gewesen sei, daher werde man auch einer Verlängerung der Mitgliedschaft zustimmen. Er weist darauf hin, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen für den Ausbau des Radwegenetzes auch den Einsatz von asphaltierten Deckenbelägen, anstatt wassergebundenen Decken, befürworten werde. Er merkt an, die Verwaltung solle die Bürger mehr in Ausbauprojekte einbinden. Herr Grziwotz fragt an, ob die Verwaltung noch Zugangstransponder für die Radstation am Rathaus vergebe.

Dr.-Ing. Peters begrüßt den Einbau von dem Fahrkomfort Rechnung tragenden Asphaltdecken, da diese nicht weniger ökologisch seien als die sogenannten wassergebundenen Decken. Zur Einbeziehung der Bürger ergänzt er, dass die Verwaltung in einem stetigen Dialog mit den Bürgern stehe.

Herr Irmisch berichtet, dass weiterhin Zugangstransponder für die Radstation am Rathaus ausgegeben werden. Es sei nur kurzfristig zu einem Engpass durch die Aufnahme der Radstation in dem Verbund Radstationen des Kreises Unna gekommen. Dies habe den Vorteil, dass mit dem technisch kompatiblen neuen Zugangstransponder nunmehr sämtliche Radstationen des Kreises genutzt werden können. Er ergänzt, dass die Radstation in Bergkamen weiterhin kostenfrei genutzt werden könne. Die Nutzung der Radstationen auf Kreisgebiet seien aber mit Kosten verbunden, sofern dort entsprechenden Dienstleistungen/Aufsichten angeboten werden.

Stadtverordneter Miller erklärt die uneingeschränkte Zustimmung für die CDU-Fraktion. Er regt an, die Beseitigung von Unebenheiten durch Wurzelwuchs und Engpässen durch Verkehrsschilder und Bäumen auf dem Radweg zwischen der Kreuzung Werner Str./Fritz-Husemann-Str. (K16) und Zufahrt Albert-Schweitzer-Str. in Kooperation mit der Kreisverwaltung zu prüfen.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters antwortet, dass die Sanierung des Bereiches schon länger ein Thema sei. Aktuell habe er mit dem Kreis Unna die Sanierung besprochen. Im Jahr 2018 werde vorbehaltlich der Mittelbereitstellung unter der Bauherrschaft des Kreises Unna u.a. die Radwegestrukturen im Bereich der Fritz Husemann Straße saniert. Bergkamen werde eine Sanierung der Fußgängerbereiche anstreben.

Stadtverordneter Engelhardt lobt die bisherige Umsetzung der Ziele des Radverkehrskonzeptes. Es solle aber weiterhin an einem Ausbau der vorhandenen Infrastrukturen gearbeitet werden. Die Nutzung des Rades solle in Zukunft sicherer und bequemer möglich sein. Auch er unterstütze die Verlängerung der Mitgliedschaft in der AGFS für seine Fraktion.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr beauftragt die Verwaltung, einen Antrag auf Verlängerung der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e. V. bei der Geschäftsstelle der AGFS einzureichen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

### **Tagesordnungspunkt 2:**

#### **Städtebaulicher Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen im Bereich des Baugebietes östlich der Büscherstraße Vorlage: 11/0864**

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, dass das Baugebiet westlich der Büscherstraße nicht das erste Mal im Ausschuss thematisiert werde. Aktuell sei mit der Entwicklungsgesellschaft Progressio ein Wechsel des Erschließungsträgers vollzogen. Progressio sei der Stadt als verlässlicher Partner bereits bekannt. Durch den neuen Erschließungsträger werden nur die Grundstücke vermarktet. Die zukünftigen Bauherren können ihr Vorhaben innerhalb der vereinbarten Bedingungen des Rahmenplanes frei gestalten.

In Sachen Energieeinsparung müssen die zukünftigen Bauherren die strengen Vorgaben der Energieeinsparverordnung (EnEV 2016) einhalten, haben aber die Möglichkeit diese Vorgaben nach ihren individuellen Wünschen umzusetzen. Die Verwaltung stehe gerne für die Beratung der Bauherren zum Thema Energieeinsparung zur Verfügung.

Stadtverordneter Engelhardt erklärt für die Fraktion BergAuf, dass man der Beschlussvorlage zustimmen werde. Bezüglich des § 4 des städtebaulichen Vertrages bittet er um Auskunft, wer welche Kosten trage und welche Maßnahmen im Detail davon betroffen seien und

hinterfragt die Müllgefäßstandorte.

Herr Reichling erklärt, dass unter § 4 des städtebaulichen Vertrages die Kostenbeteiligung für die Errichtung des Lärmschutzwalles geregelt sei. Ein größerer Eingriff in die Strukturen des Bolzplatzes sei nicht geplant. Die Kosten für die Errichtung des Lärmschutzwalles seien komplett von dem Erschließungsträger zu übernehmen. Die Müllfahrzeuge werden die Tonnen an den dafür vorgesehenen und bereits realisierten Flächen an der Büscherstraße aufnehmen.

Es sei nicht geplant, dass die Müllfahrzeuge in das Baugebiet fahren.

Stadtverordneter Strunk bittet für das Plangebiet einen Stellplatzschlüssel von 1,5 Stellplätzen pro Wohneinheit anzusetzen.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, dass die Verwaltungsvorschrift zur Bauordnung des Landes NRW nur einen Stellplatzschlüssel von 1 Stellplatz pro Wohneinheit vorsehe. Es sei nicht ungewöhnlich, dass einzelne Wohneinheiten über deutlich mehr Autos verfügen. Der Gesetzgeber möchte hier aber nicht weiter reglementieren, sondern hat mit der am 14.12.2016 verkündeten neuen Landesbauordnung beschlossen, dass die Kommunen die Pflicht zur Herstellung von Stellplätzen in einer entsprechenden Satzung bis zum 01.01.2019 eigenständig regeln und festschreiben sollen. Unter § 5 des städtebaulichen Vertrages seien auch die 1,5 privaten Stellplätze auf den Hausgrundstücken geregelt. Zusätzlich wurden bereits öffentliche Stellplätze entlang der Büscherstraße realisiert.

Stadtverordneter Grziwotz erklärt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag. Er fragt an, ob die vorhandenen Heckenstrukturen entlang der Kuhbachtrasse erhalten bleiben und ob es schon Interessenten für die übrigen Flächen gäbe.

Erster Beigeordneter erklärt, es werde keine Änderungen der Grünstrukturen entlang der Kuhbachtrasse geben und es seien der Verwaltung noch keine potenziellen Interessenten für die Restflächen bekannt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt Bauen und Verkehr empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Rat der Stadt Bergkamen beauftragt die Verwaltung den in der Anlage beigefügten städtebaulichen Vertrag mit der Vorhabenträgerin Pro Gressio Entwicklungsgesellschaft mbH, vertreten durch Frau Gersmann, zur Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen im Bereich östlich der Büscherstraße in Bergkamen zu schließen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

### **Tagesordnungspunkt 3:**

#### **Straßenverkehrszählung 2015 - Erste generalisierte Übersicht - Vorlage: 11/0865**

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, man habe lange auf die Zahlen der Straßenverkehrszählung 2015 warten müssen. Nachdem die Auswertung für die Bundesautobahnen und der Bundesstraßen bereits von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) veröffentlicht worden seien, liegen aktuell die Zahlen für die Landstraßen im Kreisgebiet Unna vor. Die Zahlen seien von der Verwaltung unter Berücksichtigung der letzten Verkehrszählung aufgearbeitet worden. Dr.-Ing. Peters stellt die Zahlen anhand einer Präsentation vor, die auch der Einladung als Anlage beigelegt wurde. Nach einer detaillierten Auswertung der Zahlen sei nicht nachvollziehbar, warum die Verkehrszählung der BASt eine so deutliche Steigerung der LKW-Verkehre auf der Kampstr./Schulstr. bis zur Tödinghauser Str. abbilde. Die Verwaltung werde prüfen, warum die Zählergebnisse von den bisher durchgeführten Zählungen so deutlich abweichen.

Stadtverordneter Miller ist zufrieden, dass nun endlich realistische Zahlen vorlägen. Die Zahlen seien angesichts der Aussagen von einzelnen Anwohnern keine Überraschung. Herr Miller prognostiziert, dass der LKW-Verkehr in Zukunft deutlich zunehmen werde. Der Prüfauftrag des Rates müsse angesichts der vorliegenden Zahlen korrigiert werden. Nach den Landtagswahlen solle ein klares Zeichen an das Land gesendet werden, dass die Interessen der Anwohner ernst genommen werden und zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur die L 821 n zwingend umzusetzen sei.

Stadtverordneter Reichelt stellt fest, dass die Zählergebnisse an den meisten Zählstellen einen Rückgang des Verkehrsaufkommens abbilden. Lediglich an zwei Zählstellen sei eine deutliche Erhöhung des Verkehrsaufkommens festgestellt worden. Die Erhöhung des Verkehrsaufkommens auf der Schul- und Kampstraße sei von der SPD-Fraktion zur Kenntnis genommen worden. Es sei nunmehr notwendig, die Zahlen genau zu untersuchen, um entsprechende Alternativen zum Wohle der Anwohner zu entwickeln.

Stadtverordneter Grziwotz erklärt für seine Fraktion, dass der Bau der L 821 n keine Lösung sei. Die Zählergebnisse der BASt seien auch für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen nicht nachvollziehbar, daher sei es notwendig die Zahlen genau zu analysieren und Alternativen zur L 821 n zu entwickeln bzw. erneut zu bewerten. Der von der CDU-Fraktion geforderte Bau der L 821 n führe lediglich zu einer Verlagerung der Verkehrsströme, so dass es auf den Ausweichstraßen zu einer Erhöhung der Verkehrsbelastung komme werde. Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sei auch ein generelles Fahrverbot für LKW im Stadtzentrum denkbar.

Stadtverordneter Engelhardt bemängelt, dass die Kreisstraßen nicht in die Verkehrszählung eingeflossen seien. Die Verkehrsströme können ohne die Einbeziehung der Kreisstraßen nicht nachvollziehbar dargestellt werden. Er fordert für die Fraktion BergAUF, die Schul- und die Jahnstraße für den LKW-Verkehr zu sperren.

Stadtverordneter Schulte bemerkt, dass keine konkreten Aussagen vorliegen, woher die erhöhte Verkehrsbelastung komme. Aus seiner Sicht seien auch Staus und Geschwindigkeitsbegrenzungen Ursachen für eine Verdichtung der Verkehrsströme. Es sei im Interesse der Bergkamener Bürger, dass weiterhin Maßnahmen zur Minderung der Belastung entwickelt werden sollen.

Stadtverordneter Kress bittet um Information, wie der Verkehr zur Anlieferung der Böden zur Wasserstadt Aden geregelt sei.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, dass die Bodenlieferverkehre zur Wasserstadt ausschließlich über die Jahnstraße bzw. vom Westenhellweg her erfolgen. Dadurch würde die Belastung für die Siedlungsstrukturen so gering wie möglich gehalten.

Stadtverordneter Mittmann ergänzt, dass es wichtig sei, dass alle Zahlen von der Verwaltung detailliert geprüft werden.

Vorsitzender Pufke erklärt, dass für die L 821 n seit 3 Jahren Baurecht bestehe. Er befürworte für seine Fraktion den Bau der L 821 n, es gebe dazu keine Alternativen. Bergkamen solle ein klares Signal in Richtung Landesregierung für den Bau senden. Er fragt die Verwaltung, ob Fristen für eine Positionierung der Stadt Bergkamen zum Thema einzuhalten seien.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, dass das kommunale Straßenbauprogramm im Herbst dieses Jahres fortgeschrieben werde. Aktuell könne aber noch kein Stichtag genannt werden. Ein Zeitkorridor werde schnellsten von der Verwaltung genannt. \*

\*Den Fraktionen wurde per Mail vom 07.04.2017 mitgeteilt, dass die Stellungnahmen möglichst bis Ende Mai 2017 abgegeben werden sollen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:** Kenntnisnahme

### **Tagesordnungspunkt 4:**

#### **Einwohnerfragestunde**

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

### **Tagesordnungspunkt 5:**

#### **Anfragen und Mitteilungen**

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erläutert das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster zur Klage gegen den Bebauungsplan Waldsiedlung. Dem Vortrag des Klägers zu Entwässerungsdetails sei das Gericht nicht gefolgt. Das Gericht stelle aber den gesamten Bebauungsplan auf den Prüfstand. Hier seien Höhenfestsetzungen, die nicht in NN-Höhen angegeben worden seien und ein Wendehammer der geringfügig in einem Schachtschutzbereich liege, bemängelt worden. In einem weiteren Verfahren sei unter Beteiligung des UBV möglich, diese kleinen Mängel bis Herbst 2017 zu heilen. Die Bauflächen sollen ausschließlich durch den jetzigen Eigentümer, die RAG MI Essen, vermarktet werden.

Erster Beigeordneter berichtet über die durchgeführte Gewässerschau unter Beteiligung des Kreises Unna. Im Bereich des Schwarzen Weges seien Verstöße gegen die Satzung festgestellt worden. In Absprache mit der Kreisverwaltung werde die Verwaltung tätig

werden. Die Verwaltung werde die Anwohner informieren, dass eine Privatnutzung der Ausgleichsflächen nicht zulässig sei.

Erster Beigeordneter berichtet über die im nächsten Jahr anstehende Erneuerung der nördlichen Lippestraße in Heil. Da hierüber insbesondere der Schulbusverkehr zur Bodelschwingh-Schule des Kreises Unna abgewickelt werde, solle der Straßenquerschnitt von heute 4,0 m auf zukünftig 6,50 m verbreitert werden. Der Kreis habe bereits signalisiert sich an den zusätzlichen Ausbaurkosten finanziell beteiligen zu wollen.

Marco Morten Pufke  
Vorsitzender

Falk Stankowski  
Schriftführer